



SUPPLY CHAINGE Kampagne

www.supplychange.org

Unsere Forderungen

Im Juli 2015

Wir fordern Supermärkte, Regierungen und die Europäische Union auf, die Arbeitsbedingungen in den Ländern des Globalen Südens zu verbessern und die Umweltbelastung entlang der Produktions- und Lieferketten ihrer Eigenmarken zu reduzieren. Regierungen, sowohl in den produzierenden als auch in den konsumierenden Ländern, müssen Gesetze erarbeiten, die Supermärkte dazu verpflichten, Menschen- und Arbeitsrechte in der Wertschöpfungskette einzuhalten, sowie Verantwortung für verursachte Umweltprobleme zu übernehmen.

Wir fordern europäische Supermärkte auf,

1. Menschenrechte zu respektieren und die Arbeitsbedingungen in der gesamten Lieferkette zu verbessern. Dies beinhaltet die Umsetzung/ Implementierung folgender internationaler Richtlinien:

I. UNO-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte (2011)

II. OECD Richtlinien für multinationale Unternehmen (abgeänderte Form von 2011), sowie

III. ILO Dreigliedrige Grundsatzerklärung über multinationale Unternehmen und Sozialpolitik

Als erste Schritte zur Umsetzung dieser Richtlinien müssen Supermärkte

- eine menschenrechtliche Sorgfaltspflicht einführen, um Menschenrechtsverletzungen entlang der gesamten Produktions- und Lieferkette zu identifizieren, diesen vorzubeugen, sowie eingetretene Vergehen zu sanktionieren und die Betroffenen zu entschädigen.
- einen vollständigen Verhaltenskodex erarbeiten, der die gesamte Produktions- und Lieferkette umfasst, alle relevanten ILO Abkommen berücksichtigt, und die Zahlung existenzsichernder Löhne sichert. (Ein existenzsichernder Lohn deckt die



Dieses Dokument wurde mit finanzieller Unterstützung der Europäischen Union erstellt. Die Inhalte dieses Dokuments liegen in der alleinigen Verantwortung der Christlichen Initiative Romero e.V. und geben nicht die Position der Europäischen Union wieder.



Grundbedürfnisse der Arbeiter und ihrer Familien und orientiert sich an der international anerkannten Definition des Existenzminimums. Viele gesetzliche Mindestlöhne in Ländern des Globalen Südens erfüllen diese Kriterien nicht.)

- einen glaubhaften Monitoring und Reporting Prozess über den Vollzug der Richtlinien einführen. Transparente und glaubwürdige Multi-Stakeholder Initiativen (MSI) sind ein Weg zu vertrauenswürdigem Monitoring.

2. Strategien zu entwickeln, um Umweltschäden in den Lieferketten zu verringern. Hierzu gehören die folgenden Maßnahmen:

I. Erhebung und Offenlegung der Umwelteinflüsse von Produkten anhand folgender transparenter und international anerkannter Methoden: ISO 14040 Serie, Umweltfußabdruck von Organisationen und Produkten (OEF/PEF).

II. Bemühungen, um Umweltbelastungen bei der Herstellung von Lebensmittel-Eigenmarken auf allen Ebenen des Produktionszyklus mit Hilfe von Umweltmanagementsystemen nach anerkannten Standards - wie zum Beispiel dem EMAS (Eco Management and Audit Scheme) - zu verringern.

III. Erstellung eines Portfolios für ein nachhaltiges Produkt-Management. Wenn dieselben Produkte von unterschiedlichen Quellen gekauft werden können, sollte immer die umweltfreundlichste und sozialverträglichste Option herangezogen werden. Zudem sollen nachhaltige Ziele für ganze Produktgruppen (wie z.B. Fisch, Fleisch, Früchte) festgelegt werden, inklusive einer klaren Vorgabe, diese jährlich zu verbessern. Ein Beispiel dafür wäre die Definition eines bestimmten Prozentsatzes an lokalen und regionalen Zulieferquellen bzw. ein gesamtheitlicher CO₂-Fußabdruck einer Produktgruppe.

IV. Entwicklung und Umsetzung einer langfristigen Strategie zur Reduktion des gesamten ökologischen Fußabdrucks von Produkten. Diese Strategie soll auf Auswirkungsbewertungen sowie auf Einschätzungen von Stakeholdern, CSOs und NGOs basieren. Durch die Festsetzung klarer und messbarer Ziele sollen Erfolge - aber auch Misserfolge - hinsichtlich deren Umsetzung dokumentiert und kommuniziert werden.

3. Soziale und ökologische Zertifizierungssysteme zu übernehmen und diese zu verbessern

Es gibt eine Vielzahl von Zertifizierungssystemen, die die Sozial- und Umweltbedingungen innerhalb der Produktions- und Lieferkette verbessern. Supermärkte sollten diese Zertifizierungssysteme für ihre Eigenmarken als ersten Schritt sofort übernehmen. Jedoch ist



Dieses Dokument wurde mit finanzieller Unterstützung der Europäischen Union erstellt. Die Inhalte dieses Dokuments liegen in der alleinigen Verantwortung der Christlichen Initiative Romero e.V. und geben nicht die Position der Europäischen Union wieder.



keine dieser Zertifizierungen ausreichend, um eine soziale und ökologische Lieferkette europäischer Supermärkte sicherzustellen. Daher müssen Supermärkte mit Stakeholdern zusammenarbeiten, um sicher zu gehen, dass die Zertifizierungskriterien sich über die gesamte Produktions- und Lieferkette erstrecken und als absolutes Minimum mit internationalen Menschenrechtsstandards im Einklang stehen. Ebenfalls soll die Qualität der Prüfverfahren verbessert werden.

4. Verkaufspreise in einer verantwortungsvollen Art und Weise festzulegen.

Produkte, die unter Missachtung von Sozial- und Umweltmindeststandards hergestellt wurden, sollten nicht mehr verkauft werden. Manipulative Preisgestaltung sollte ausgeschlossen werden (zum Beispiel negative Margen und andere Preismanipulationen), wie preisgetriebene Werbekampagnen, die unverantwortbar niedrige Kostenvorstellungen der KundInnen hervorrufen.

5. Produktionskosten für den Kunden transparent machen

Supermärkte sollen ihren KundInnen Informationen über die Sozial- und Umweltbedingungen der einzelnen Waren in der Produktions- und Lieferkette auf konsumentenfreundliche Weise bereitstellen und die allgemeine Kostenaufgliederung dieser Güter veröffentlichen. Ein guter Indikator für die sozialen Kriterien eines Produktes ist die Bekanntgabe des durchschnittlichen Erzeugerpreises sowie die öffentliche Bestätigung für die Berechnung und vor allem das Bezahlen von existenzsichernden Löhnen in den Produktionsländern. Als Grundlage für die ökologischen Kriterien dienen die EU Richtlinien für Eco-Labeling (EU voluntary Guidelines for Environmental Labelling). Aussagen über Umweltschutz sollen transparent (das beinhaltet Informationen über das verwendete Veranlagungsverfahren, die Quelle, Kriterien) relevant, glaubwürdig, komplett, vergleichbar und eindeutig sein.

Wir fordern, die Europäische Union auf,

1. die Rahmenbedingungen des europäischen Wettbewerbsrechts zu erneuern

Die EU soll Strukturfragen - wie zum Beispiel den Zuwachs übermäßiger Kaufkraft und die zunehmende Marktkonzentration im Einzelhandelssektor - mit Hilfe eines neuen Ansatzes zur Zusammenschlusskontrolle von Unternehmen thematisieren. Weiterhin soll die EU sich verstärkt auch verhaltensbezogener Themen des Wirtschaftens annehmen, wie etwa wettbewerbsfeindlichen Vereinbarungen und Absprachen oder einseitiges, missbräuchliches Verhalten im Einzelhandel, welches vor allem auf kleine Lieferanten und Lieferantinnen aus den Ländern des Globalen Südens negative Auswirkungen hat.



Dieses Dokument wurde mit finanzieller Unterstützung der Europäischen Union erstellt. Die Inhalte dieses Dokuments liegen in der alleinigen Verantwortung der Christlichen Initiative Romero e.V. und geben nicht die Position der Europäischen Union wieder.



2. die gesetzlich erforderlichen Maßnahmen zu beschließen, um unfaire Handelspraktiken zu beenden

Mit zunehmender Marktkonzentration steigt auch die Abhängigkeit der Produzenten von den Einzelhändlern. Auf diese Weise können EinzelhändlerInnen gegenüber ihren LieferantInnen existenzbedrohende Handelspraktiken durchsetzen. Übliche Praktiken beinhalten einseitige Preiskürzungen der Einzelhändler, abrupt und unbegründet endende Handelsbeziehungen, kurzfristig geänderte Aufträge und vieles mehr. Diese Praktiken müssen identifiziert und auf einer gesetzlichen Ebene sanktioniert werden.

Wir fordern die Regierungen der Europäischen Union auf,

gesetzliche Rahmenbedingungen zu schaffen, insbesondere Kontrollen und Sanktionen, die EinzelhändlerInnen für ihre Menschenrechtsverletzungen und Umweltzerstörung in den Produktions- und Lieferketten ihrer Güter/ Eigenmarken zur Verantwortung ziehen und gleichzeitig individuellen Opfern sowie betroffenen Gemeinden das gesetzliche Recht auf Entschädigung sowie einen sicheren Zugang zu wirksamen Rechtsmitteln sicher stellen. Diese rechtlichen Grundlagen sollen sowohl in den Ländern zur Anwendung kommen, wo die jeweiligen Produkte verkauft werden, als auch in den Ländern, in denen die Händler ihren Sitz haben.



Dieses Dokument wurde mit finanzieller Unterstützung der Europäischen Union erstellt. Die Inhalte dieses Dokuments liegen in der alleinigen Verantwortung der Christlichen Initiative Romero e.V. und geben nicht die Position der Europäischen Union wieder.